Staatssekretär Hirsch über die wirtschaftliche Lage.

Berlin, 22. Juni. Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft gab heute anläßlich der Beratung einer Reihe auf Erwerbslosenfürsorge bezügliche Anträge Staatssekretär Hirsch eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage. Die Arbeitslosenzahl betrug im August 1920 400 000, im September 350 000, am 1. März 1921 429 000, am 1. April 416 000, am 1. Mai 400 000, am 1. Juni 360 000. Ein einheitliches Bild von der allgemeinen Lage des Weltmarktes sei schwer zu gewinnen, weil auf dem Weltmarkt, zumal während des englischen Bergarbeiterstreiks, die Kontinuität fehle. Seiner Auffassung nach scheine die

Weltkrisis im Frühjahr ihren tiefsten Punkt erreicht

zu haben. Für die Ansicht, daß der Tiefstand der Weltkonjunktur schon überwunden sei, spreche ein jetzt zutage tretendes leises Wiederanziehen mancher Weltmarktspreise und Frachten des freien Marktes. Durch die Annahme des Ultimatums seien wir mehr denn je auf den Weltmarkt angewiesen. Die deutsche Handelsbilanz sei nach wie vor passiv. Immerhin haben wir in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 durch die Schließung des Loches im Westen dieses große handelspolitische Defizit gegenüber dem Jahre 1919 und der ersten Hälfte des Jahres 1920 erheblich verringert. Wenn auch die Handelsbilanz gegen Ende des Jahres 1920 ein Anwachsen der Einfuhr zeigt, so sei zu betonen, daß diese nicht, wie die früher, in Luxusartikeln bestand, sondern den Bedürfnissen einer besseren Volksernährung diente. Leider sei jetzt das

Loch im Westen wieder offen,

und hierdurch werde unsere Handelsbilanz erneut auf das Ungünstigste beeinflußt. Durch Wiederaufreißung des Lochs im Westen entstünde eine Einfuhr an Luxusartikeln, die neuerdings zwischen ½ bis 1 Milliarde monatlich geschätzt werde. Wiederaufreißung des Loches im Westen und Sanktionen schlössen einen unlösbaren Widerspruch in sich.

Der Innenmarkt zeige eine gewisse Wiederbelebung. Schwierig lägen die Verhältnisse wegen der Konkurrenz des Auslandes bei der Eisenindustrie. Der Baumarkt hingegen sei besonders durch die erteilten Zuschüsse gefördert worden. Bezüglich der Kohle zeige die allgemeine Entwickelung in großer Linie bis zu diesem Frühjahr einen erfreulichen Anstieg. Bezeichnend für die Arbeitslosigkeit des deutschen Volkes sei die Umgruppierung, die sich innerhalb der Arbeiterschaft in den Bergmannsberuf hinein in der Zeit von Mitte 1919 bis Ende 1920 vollzogen habe. Rund 220 000 Arbeiter seien in dieser Zeit neu in den Bergmannsberuf eingetreten.

Der Umgruppierung der deutschen Arbeiter stelle in diesem Maße wohl kein anderes Land der Welt ein analoges Beispiel gegenüber.

Die Förderung im März sei im ganzen günstig gewesen. Seit Monat März, wo die Ueberschichten wegfielen, wegen der Verhältnisse in Oberschlesien, sei allerdings eine bedenkliche Verschlechterung eingetreten. Einen Ersatz bietet die Braunkohle, die in stärkerem Maße gewonnen werde als im Frieden. Hier stehen 10½ Millionen Tonnen Förderung im April 1921 einer Friedensproduktion von 7,3 Millionen Tonnen gegenüber. Die Reparation beeinträchtige in jedem Falle die innere Kaufkraft. Man könne hier nicht einfach die Notenpresse zu Hilfe nehmen. Bei den steuerlichen Maßnahmen werde auch der Verbrauch nicht unbeachtet bleiben können. Dies bedeute aber erhebliche Erschwerungen für den Arbeitsmarkt. Hierzu käme die Annäherung des Kohlenpreises an den Weltmarktpreis. Eine entsprechende Einstellung auch anderer Preisgebiete sei die notwendige Folge. Eine Anpassung der Industrie an die neuen Verhältnisse werde sich vollziehen müssen. Es werde mancher minderleistungsfähige Betrieb nicht mehr mitkönnen.

Kurze Arbeit sei kein Mittel auf die Dauer.

Es gehe nicht an, daß dauernd in den Betrieben mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden, als sachlich erforderlich sind. Der Umgruppierung der städtischen Bevölkerung auf das Land steht der Staatssekretär skeptisch gegenüber. Er bezeichnete dann die großen Aufgaben, die zur Verbesserung unseres Produktionsapparates in Angriff zu nehmen seien, Verbesserung der Verkehrswege, wie Bau des Mittellandkanales, Bahnbauten und sonstige öffentliche Arbeiten, Landesmeliorationen, wie Moorkulturen usw., und Nutzbarmachung der Wasserkräfte im Zusammenhang mit dem Ausbau der Elektrizitätswirtschaft.

Keine Beanstandung der Reichswehrübungen.

Berlin, 22. Juni. Die „Deutsche Allg. Ztg." bezeichnet die Behauptung, daß der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission in Berlin, General Nollett, die auf den Truppenübungsplätzen geplanten größeren Truppenübungen der Reichswehr beanstandet und ihre Unterlassung gefordert habe, als unzutreffend.

Der von den Alliierten geforderten Auflösung des Berliner Wachtregiments ist stattgegeben worden. Der Befehl zur Auflösung ist erteilt worden.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt.)

Es folgte ein Vortrag des Geh. Regierungsrates Prof. Dr. Appel-Berlin-Dahlem über die

reichsgesetzliche Regelung des Pflanzenschutzes.

Es sei nicht beabsichtigt, der Landwirtschaft irgend welche Schwierigkeiten zu machen und ihre Betriebe zu stören. Man wolle nur den jetzigen Zustand gleichmäßiger gestalten und eine Durchführung der wichtigsten Maßnahmen herbeiführen. Gegenwärtig bestehen eine Unmasse von Pflanzenschutzbestimmungen, die aber an einem Fehler kranken, daß keine Ueberwachungsorgane vorhanden sind. Neben dem Pflanzenschutz plant man eine Regelung des Verkehrs mit Schutzmitteln. — Ueber die

bisherige Durchführung des Reichssiedlungsgesetzes, insbesondere hinsichtlich der Anliegersiedlung,

sprach der Direktor des Reformbundes der Gutshöfe Dr. Krantz, Bad Nauheim. Der Redner würdigte durchaus die sozial- und bevölkerungspolitische Bedeutung der Siedlungsfrage, empfahl aber, auf dem Gebiete der Anliegersiedlung Vorsicht walten zu lassen. Im Hinblick auf leider nicht mehr vereinzelte Erscheinungen sei es dringend erforderlich, daß im Interesse der Volksernährung die Notwendigkeit der Schonung gutgeleiteter Großbetriebe und einer gesunden Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben von Amts wegen im Reiche und in den Ländern anerkannt und in der Praxis auch wirklich beachtet würde. Auch bei Verschonung gutgeleiteter Großbetriebe bleiben überreichliche Siedlungsmöglichkeiten. In den dichtbevölkerten Gegenden müsse der berechtigte Landhunger behoben werden durch Intensivierung der Kleinbetriebe durch Geflügelzucht, Obst- und Feldgemüsebau oder durch zielbewußte unter landsmannschaftlicher Sammlung erfolgende Umsiedlung in Gebiete mit Landüberschuß. Das hochbedeutsame Siedlungswerk dürfe von parteipolitischen und demagogischen Beweggründen unter keinen Umständen beeinflußt werden. Den gesetzgebenden Organen müsse dringend empfohlen werden, ihr Augenmerk auf gewisse Mißstände zu richten, wie Bodenspekulation oder Günstlingswirtschaft, Gefährdung der Betriebsstetigkeit der benachbarten Güter, Mißbrauch des Vorkaufsrechts, Widerstand gegen Meliorationen. Bei der Neuregelung der Vorschriften betr. den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken dürfen über den sozial- und bevölkerungspolitischen Erwägungen die produktionstechnischen Notwendigkeiten nicht übersehen werden.

Unterstaatssekretär v. Graevenitz, Quetz, schilderte die Tätigkeit der Landlieferungsverbände. Sie fügen sich in das Siedlungswerk als Landlieferungsgenossenschaften ein, die das benötigte Land aus dem Bestande der Güter über 100 Hektar bereit zu stellen haben. Es sei ihr Bestreben, ohne Enteignung auszukommen, gegebenenfalls müsse aber doch rücksichtslos zugegriffen werden. Der Redner betonte zum Schlusse: Wir müssen siedeln, um unser Volk auf eine breitere landwirtschaftliche Basis zu stellen. Dabei ist im Auge zu behalten, daß diese Siedlung nicht geschehen darf unter Schädigung der landwirtschaftlichen Produktion. Wenn dagegen alles eingestellt werde auf eine Höchstproduktion, daß wir unser Volk ernähren können, werde die Landwirtschaft wieder zu dem werden, was sie bisher gewesen sei: ein Jungborn, aus dem ein freies deutsches Volk wieder erwachse.

Die Ausführungen von Dr. Krantz waren in einen Antrag zusammengefaßt, der mit einigen Aenderungen angenommen wurde.

Den Vorsitz der Versammlung übernahm nunmehr Exzellenz Dr. Mehnert, da Freiherr v. Schorlemer-Lieser abreisen mußte.

Maßnahmen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen

lautete das Thema, das Dr. Brandes, Althof-Insterburg, Präsident der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, behandelte. Innere Kolonisation und Bau von Landarbeiterwohnungen seien zwei Aufgaben, die sich ergänzen müßten, um die Produktion zu erhöhen. Der Ausbau von Arbeiterwohnungen sei jetzt besonders wichtig, um die ausländischen Arbeiter zu ersetzen, die Minderleistungen infolge der achtstündigen Arbeitszeit auszugleichen und um Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte unterzubringen. Anzustreben sei eine Zusammenfassung der sämtlichen einschlagenden Verordnungen und eine Vereinfachung des ganzen Verfahrens. Die Beträge der Wohnungsabgaben vom Lande müßten wieder für das Land verwendet werden. Weiter sei zu fordern, daß die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen gehört und die baupolizeilichen Bestimmungen nachgeprüft würden, da man gezwungen sei, so einfach wie möglich zu bauen. Der Redner trat ferner ein für steuerliche Erleichterungen bei der Verwendung von Baugeldern und für Aufhebung der Bestimmung, wonach Zuschüsse nicht gegeben werden dürfen, wenn eine Verbindung von Miets- und Arbeitsvertrag stattfindet. Die Zuschüsse müßten so bemessen werden, daß sie in einigermaßen gerechtem Verhältnis zu den enorm gestiegenen Baukosten stünden. Auch für Wohnungen sogenannter Einlieger und unverheiratetes Gesinde müßten diese Zuschüsse gegeben werden. Ebenso seien Zuschüsse zu leisten für An- oder größere Umbauten, sowie für Wohnungsbauten der landwirtschaftlichen Beamten. — Die Leitsätze des Redners wurden einmütig gutgeheißen.

Direkte Belieferung mit Lebensmitteln an die Arbeiterschaft seitens der Landwirtschaft

war der Gegenstand des Vortrages, den Herr Hofer, Danne, hielt. Auf Grund der Erfahrungen, die der Redner in der Provinz Brandenburg gesammelt hat, empfahl er, zu beschließen, alle landwirtschaftlichen Kreise auf die Notwendigkeit einer direkten Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an die Arbeiter und städtischen Vertrauensorganisationen, gegebenenfalls an einzelne Unternehmen, hinzuweisen. Die Art der Belieferung müßte den verschiedenen landwirtschaftlichen und industriellen Verhältnissen der einzelnen Provinzen und Länder angepaßt werden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften hätten dafür Sorge zu tragen, daß diese Lieferungen zu dauernden geschäftlichen Beziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Vereinigungen führen. Diese direkte Lieferung würde ein wichtiges Mittel sein, eine Verständigung zwischen Stadt und Land herbeizuführen und eine Arbeitsgemeinschaft aller produktiv schaffenden Kreise zu erzielen. Weiter führte der Redner aus, daß die Landwirtschaft sich angemessene Preise erzwingen müsse. Unverdienten Gewinn zu beanspruchen, sei jedoch ein Verbrechen angesichts der großen Notlage der Bevölkerung.

Der Direktor des Landeskulturrates in Sachsen, Hofrat Dr. Schöne, beleuchtete das Thema besonders vom genossenschaftlichen Standpunkte aus. Es sei wohl möglich, daß landwirtschaftliche Genossenschaften und Verbrauchergenossenschaften zusammengehen könnten. Eine dauernde Verbindung werde sich aber nur aufrecht erhalten lassen, wenn freier Kauf stattfände. Es könne sich also nicht um feste Verträge handeln. In Frage kämen alle landwirtschaftlichen Produkte mit Ausnahme der Fleischlieferung, bei der der Fleischer sich nicht ausschalten lasse.

In der Aussprache wurden Bedenken gegen die Vorschläge zu dieser Frage geäußert, da man mit solcher direkter Belieferung die Kreise begünstige, die der Landwirtschaft feindlich gegenüberständen, anderseits das Kleinbürgertum schädige. — Gegen eine Stimme wurden die Richtlinien zum Beschluß erhoben.

Der Dezernent des Deutschen Landwirtschaftsrates Seiff, Berlin, sprach über die

Neuregelung der Pachtschutzordnung

vom 9. Juni 1920. Der Redner kennzeichnete die Pachtschutzordnung als eine ausgesprochene Uebergangsmaßnahme. Solange die wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht konsolidiert seien, müsse die Pachtschutzordnung noch bestehen bleiben. Ihre Verlängerung um zwei Jahre über den 30. Mai 1922 hinaus sei deshalb geboten. Eine Vereinigung mit der Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919 müsse aber wegen der völligen Verschiedenartigkeit der Gebiete unterbleiben. Die Träger des Pachtschutzes, die Pachteinigungsämter, erfüllten ihre Aufgabe nur dann, wenn sie in erster Linie auf einen Vergleich hinwirkten. Berufungsinstanzen seien im Gesetz obligatorisch vorzuschreiben, während ihre Einrichtung den Ländern überlassen werden könne. Die Neufestsetzung von Leistungen aus Pachtverträgen habe immer nur unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles zu erfolgen, und nur für zwei Jahre. — Eine Beschlußfassung über dieses Thema erfolgte nicht, da hierzu die Landwirtschaftskammern noch Stellung nehmen sollen.

Es folgte ein Bericht des Geheimen Oekonomierats Dr. Andrä, Dresden, über die

Tätigkeit des Verbandes landwirtschaftlicher Haftpflicht-Versicherungsanstalten.

Der Redner berichtete über die Ziele des dem Deutschen Landwirtschaftsrat angegliederten Verbandes. Naturgemäß beabsichtige er, die landwirtschaftliche Bevölkerung so bald als möglich umfassend aufzuklären, es bestünde aber gerade jetzt die Gefahr, daß die großen neuen Gebilde, wie der Reichslandbund, die Bauernvereinigungen, Empfehlungsverträge mit Konkurrenzgesellschaften abschließen dürften, um ihre Geldmittel zu verstärken, und deshalb hätte der Deutsche Landwirtschaftsrat und alle Organisationen, die in ihm vertreten sind, die Pflicht, sich ebenfalls bei der Aufklärungsarbeit so viel wie möglich zu beteiligen. Der Berichterstatter schloß mit dem Wunsche, daß der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats und auch das Plenum Veranlassung nehmen möchte, seine eigene Einrichtung nach allen Kräften zu fördern.

Die Versammlung erklärte sich grundsätzlich mit den Ausführungen einverstanden.

Die Preiskonjunktur für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Deutschland nach der Entwicklung des Weltmarktes und der Valuta

lautete die Ueberschrift des Vortrages, den dann Professor Dr. Dade, Berlin, hielt. Aus seinen Darlegungen ging folgendes hervor: Da Rußland mit Sibirien, Rumänien und Bulgarien vor dem Kriege etwa die Hälfte des gesamten Weltmarktgetreides und etwa 40 Prozent des Brotgetreides (Weizen und Roggen) für den Weltmarkt geliefert haben, scheint die Krisis in der Ernährung Europas und Deutsch-

Kunst und Wissenschaft.

† **Dresdner Theater-Spielplan für heute.** Opernhaus: „Der Freischütz" (7). Schauspielhaus: Volksvorstellung. Albert-Theater: „Der Leibgardist" (½8). Residenz-Theater: „Autoliebchen" (7). Central-Theater: „Die Scheidungsreise" (7).

† **Gastspielreise Tino Pattieras nach Amerika.** Kammersänger Tino Pattiera, der bereits seinen Urlaub angetreten und in seine Heimat gereist ist, wird im August und September der nächsten Spielzeit an 32 Abenden an der Dresdner Oper singen und dann, im Oktober, nach Amerika reisen, wo er zunächst in Chicago für mehrere Monate verpflichtet worden ist. Im Frühling nächsten Jahres kehrt er nach Deutschland zurück, um vom 15. April ab wieder in Dresden bis mit Juni auf Grund seines Vertrages an unserer Oper zu singen.

†* **Residenz-Theater.** Heute, Donnerstag, neu einstudiert und zum Teil neu ausgestattet „Autoliebchen", Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten von Jean Kren, Gesangstexte von Alfred Schönfeld, Musik von Jean Gilbert. In den Hauptrollen die Damen Hamm, Kattner, Koch, Petry, Janten und die Herren Karl, Langer, Steinbrecher, Sutthöft. Spielleitung: Willy Karl. Musikalische Leitung: Ernst Schicketanz. Allabendlich 7 Uhr.

† **Der Dresdner Orpheus** gibt sein Sommerkonzert unter Leitung von Prof. Albert Fluge und Mitwirkung des vollbesetzten Kaufmann-Orchesters Donnerstag, den 30. Juni, ½8 Uhr, im Lindeschen Bade bei jedem Wetter.

† **Die Sächsische Landesbibliothek** in Dresden ist mit zwei wichtigen Schenkungen bedacht worden. Die eine kommt aus Holland und wird die schwere Sorge, die zurzeit jede deutsche Bibliothek mit der Auslandsliteratur hat, wenigstens für die niederländische Literatur, erleichtern. Ein Unterdirektor der bedeutendsten holländischen Verlagsfirma, Martinus Nijhoff im Haag, bot im Namen seines Chefs alle Erzeugnisse des Nijhoff'schen Verlages, die für die Landesbibliothek erwünscht sein könnten, zum Geschenk an. Dasselbe Anerbieten ist der Staatsbibliothek in Berlin und der Universitätsbibliothek in Leipzig gemacht worden. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß Herr Nijhoff den Wunsch habe, die niederländische wissenschaftliche Literatur in Deutschland wieder in reicherem Maße vertreten zu sehen, und da dieser Wunsch einem dringenden Bedürfnis der deutschen Wissenschaft entgegenkommt, so wird das höchst reiche Geschenk mit großem Danke angenommen werden. — Die zweite Schenkung soll alte Schätze der Landesbibliothek sichern helfen. Die Landesbibliothek besitzt bekanntlich einen Bestand von Prachteinbänden des berühmten Kunstbuchbinders der deutschen Renaissance Jakob Krause. Mit der Fülle und dem Reichtum dieser Bestände kann sich naturgemäß keine Bibliothek auch nur annähernd messen, weil Jakob Krause der Hofbuchbinder des Kurfürsten August war, dessen Bücherei den Grundstock der Landesbibliothek bildet. Diese Prachteinbände, von denen kürzlich noch mehrere Hundert aufgefunden wurden, standen bisher zum größten Teil unter den übrigen Büchern in den Magazinen der Bibliothek. Sie herauszuziehen und eigens für sich mit besonderer Vorsicht zu verwahren, war nicht möglich gewesen, weil es an den erforderlichen Mitteln fehlte. Jetzt hat die Wilhelm-und-Bertha-von-Baensch-Stiftung 30 000 Mk. zur Verfügung gestellt, so daß es nunmehr möglich sein wird, alle Krausebände zu einer besonderen Abteilung zu vereinen und in Schränken unterzubringen, die eine Betrachtung durch die Liebhaber und Kenner schöner alter Einbände möglich machen. Die hochherzige Spende wird also dazu dienen, kostbares Kulturgut Sachsens zu sichern und ihm eine Wirkungsmöglichkeit zu schaffen.

† **Dresdner Künstler auswärts.** Richard Klemm, Schüler der Dresdner Musik-Schule (Violoncello-Klasse Jenker) wurde als erster Solo-Violoncellist an das Stadttheater in Königsberg verpflichtet. — Erich Anders, Schüler des hiesigen Gesangspädagogen Guido Haebler, wurde als lyrischer Bariton an das Stadttheater Halle a. d. S. verpflichtet.

†* **Universität Leipzig.** Der ordentliche Professor an der Universität Rostock, Dr. Werner Hück, ist vom 1. Oktober 1921 ab zum ordentlichen Professor der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie in der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

† **Die Leipziger „streikende Kammersängerin" entlassen.** Aus Leipzig wird uns mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die schwere Gefährdung und Störung der Aufführung von „Tristan und Isolde" am vergangenen Sonntag (von der wir Mitteilung machten) hat die Intendanz der Städtischen Theater sich gezwungen gesehen, im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin Frau Kammersängerin Frieda Schreiber sofort aus dem Vertrage zu entlassen.

†* **Direktionswechsel auf der Feste Koburg.** Der langjährige Leiter der Sammlungen auf der Feste Koburg, Oberst a. D. v. Lossnitzer, tritt am 1. Juli in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde vom Gesamtvorstand der Koburger Landesstiftung der bisherige Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums in Posen Prof. Dr. Ludwig Kämmerer gewählt.

† **Eine Dozentur für Keramik** ist an der Abteilung für Chemie und Hüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg neu begründet worden. Der Minister hat sie dem Privatdozenten Dr. Mieke, dem Chemiker bei der Berliner Porzellanmanufaktur, übertragen.

† **Das Denkmal für Karl Haider,** den Münchner Maler aus dem Leibl-Kreise, ist auf der Hochburg bei Schliersee in Anwesenheit der Stifter sowie zahlreicher Freunde und Verehrer des Meisters und der Vereine aus Schliersee feierlich enthüllt und dem Bürgermeister in Obhut der Gemeinde übergeben worden. Professor Wilh. Weigand hielt die Gedächtnisrede. Das Denkmal, das hoch oben von einer Bergkanzel auf Schliersee herabsieht, zeigt auf einem Postament inmitten einer halbkreisförmigen Bank aus Granit die überlebensgroße Büste des Künstlers, von Hermann Lang gearbeitet.

† **Das aufgefundene Grab Calvins.** Am 27. Mai 1564 schloß der große Reformator Johannes Calvin die Augen zum ewigen Schlummer. Bis zum letzten Augenblick blieb seine geistige Frische ungetrübt, und er schlummerte ruhig und lächelnd in den Tod hinüber. Wie Theodore de Bèze in seinem „Leben Calvins" erzählt, wurde aus Furcht vor Demonstrationen der Feinde seiner Lehre Calvins Leiche heimlich auf den Kirchhof von Plainpalais übergeführt, wo sie nach dem Wunsche des Verstorbenen in einem schmucklosen Grabe ohne Inschrift in aller Stille beigesetzt wurde. Die Grabstelle war allein der in Basel ansässigen Familie de Speur bekannt, und das Geheimnis vererbte sich in der Familie vom Vater auf den Sohn bis in unsere Tage. Der jeweilige Erbe hatte feierlich versprechen müssen, das Geheimnis der Grabstätte Calvins erst zu enthüllen, wenn mit ihm sein Geschlecht ausstirbe. Der letzte Vertreter der Familie, Eugène de Speur, der jetzt 71 Jahre alt geworden ist, hat sich, wie die „Tribune de Genève" mitteilt, als letzter seines Stammes jetzt entschlossen, die Stelle, wo Calvin beigesetzt worden ist, der Oeffentlichkeit bekannt zu geben, und er ist zu diesem Zweck aus Avignon nach Genf gekommen, um dem Konsistorium der protestantischen Kirche das Geheimnis zu enthüllen. Das Konsistorium ist von den maßgebenden Stellen ermächtigt worden, Ausgrabungsarbeiten in die Wege zu leiten, um nach mehr als 3½ Jahrhunderten die Reste des großen Reformators aufzufinden.

SLUB
Wir führen Wissen.